

## Schweiz

## Atomlagersuche noch schwieriger

Das Bundesamt für Energie versucht, mit einem Partizipationsverfahren möglichen Standortregionen ein Atomülllager beliebt zu machen. Seit Fukushima ist das Misstrauen aber noch grösser geworden.

## Von Felix Maisie

Was am Wellenberg passiert ist, soll sich nicht wiederholen: Dort hatte das Nidwaldner Stimmvolk an der Urne wiederholt Nein gesagt zum Bau eines geologischen Tiefenlagers im Berg, obwohl die Nationale Genossenschaft für die Radioaktiven Abfälle (Nagra) den Standort im Engelbergertal für geologisch geeignet hielt. Möglich war diese Ablehnung, weil das Kernenergiegesetz früher einem Standortkanton ein Vetorecht einräumte. Das haben die eidgenössischen Räte 2005 aus dem Gesetz gekippt: Heute unterliegt der Bau eines Atomülllagers nur noch einem fakultativen nationalen Referendum.

Weil eine nationale Volksmehrheit einen Kanton faktisch aber auch heute nicht zur Akzeptanz eines Atomlagers zwingen kann, muss der Bund eine mögliche Standortregion dazu bringen, mehr oder weniger freiwillig mitzutun. Beim Atomüllzwischenlager in Würenlingen ist das gelungen: Entschädigungszahlungen an die Gemeinden der Umgebung im atomfreundlichen unteren Aaretal haben die Akzeptanz gefördert.

## Ohne Akzeptanz läuft nichts

Nur auf die finanzielle Karte der Abgeltung mag man jetzt aber nicht setzen: Deshalb hat das Bundesamt für Energie (BFE) ein sogenanntes Partizipationsverfahren gestartet, um die Akzeptanz für ein Atomlager zu fördern. In den sechs potenziellen Standortregionen (siehe Karte) sind vom BFE eingesetzte Startteams daran, Atomlager-Regional-Konferenzen aufzubauen. So soll die betroffene Bevölkerung möglichst früh ins konkrete Lagerprojekt einbezogen werden und eigene Wünsche und Interessen einbringen können.

Privaten Beratungsbüros eröffnet sich dabei ein einträgliches Betätigungsfeld: Bereits durchgeführt hat das Büro Rütter + Partner eine umfangreiche «Bestandesaufnahme der Sozialstrukturen im Sachplanverfahren». Professionelle Moderatoren des Büros Frischer Wind sollen die Partizipationsgremien lenkend begleiten. Intensiv Gedanken gemacht haben sich die BFE-Partizipationstechniker auch, wie man politisch nicht organisierte Bürgerinnen und Bürger fürs Mitmachen in den Konferenzen motivieren könnte: So sollen die Teilnehmer für ihre Sitzungen Taggelder erhalten, und für wenig mobile oder mit der Kinderbetreuung beschäftigte Interessenten könnten Fahrdienst und Betreuungangebote organisiert werden.

## «Eine reine Alibiübung»

Vor Ort kamen die Pläne des BFE unterschiedlich gut an: Gar nicht erst mitmachen will nach den kantonalen Urnenentscheiden die Region am Wellenberg NW. Auch andernorts hält sich die Begeisterung für die Mitarbeit in den neu zu schaffenden Gremien in Grenzen, insbesondere bei grundsätzlichen Atomkri-



Demonstration gegen BFE-Veranstaltung in Stans, September 2010. Nidwalden will kein Endlager. Foto: Sigi Tischler (Keystone)

tikern. «Das Mitwirkverfahren des Sachplans ist eine reine Alibiübung», meint Sabine von Stockar von der Schweizerischen Energie-Stiftung (SES) und spricht von «labyrinthischen, kafkaesken institutionellen Strukturen». Das sei eine Scheindebatte, deren Ergebnis von allem Anfang an feststehe. Von reiner «Kosmetik» spricht die Aargauer SP-Grossrätin Elisabeth Burgener aus Gipf-Oberfrick, die in der Region Bözberg ins Verfahren involviert ist, von einer «Psychotherapie für entmündigte Staatsbürger» Jean-Jacques Fasnacht von der Weinländer Oppositionsgruppe Klar, Mitglied im Forum Zürich Nordost.

Seit der Katastrophe von Fukushima bläst den Atomlagersuchern noch mehr Gegenwind entgegen: Auch zuvor kooperationswillige Gemeindevertreter seien beim letzten Termin des Aufbauforums Zürich Nordost Ende März in Trülikon misstrauisch geworden, berichtet Fasnacht. Daniel Leu, offizieller Vertreter des Kantons Schaffhausen gleich in

drei regionalen Aufbauforen, bestätigt das: Das Bundesamt für Energie sei über die Flut von Fragen zur Sicherheit eines Atomlagers überrascht gewesen. Ein vom BFE beigezogener Vertreter der eidgenössischen Atomaufsicht habe versucht, die Wogen zu glätten.

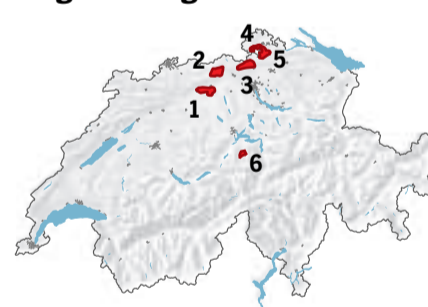
## Bundesamt zeigt sich unbeirrt

An eine Sistierung des Partizipationsverfahrens analog zum AKW-Bewilligungsverfahren denkt man im BFE indes nicht. «Die Vorbereitungsarbeiten laufen im geplanten Rahmen weiter», sagt BFE-Sprecher Philipp Schwander. «Wir haben stets betont, die Nutzung der Kernenergie und die Entsorgung der zu einem grossen Teil bereits heute vorhandenen radioaktiven Abfälle müssten unabhängig voneinander gelöst werden.»

Mit dem Partizipationsverfahren streue man den Leuten nur Sand in die Augen, sagt SES-Sprecherin Sabine von Stockar. Der Einbezug der Bevölkerung mache ein Tiefenlager nicht sicherer.

«Die Bereitschaft zur konstruktiven Mitarbeit bei der Suche nach einer Lösung der Atomülllagerung wäre bestimmt grösser, wenn ein Ende der Müllproduktion absehbar und Politik und Stromwirtschaft den Ausstieg aus der Atomenergienutzung beschlossen würden.»

## Mögliche Lager für Atomabfall



1 Jura-Südfuss 3 Nördlich Lägern 5 Zürich Nord-Ost  
2 Jura-Ost 4 Südranden 6 Wellenberg  
TA-Grafik mruw

## Nachrichten

## Atomdebatte

## Breite Allianz will Ausstieg aus Atomkraft bis 2050

Mithilfe einer breiten Allianz von Politikerinnen und Politikern will der Luzerner FDP-Nationalrat Otto Ineichen die Atomdebatte zielgerichtet lenken: Umstieg auf erneuerbare Energien und Ausstieg aus der Atomkraft bis 2050. Mit einem 13-Punkte-Programm soll die Energiewende herbeigeführt werden, wie Ineichen einen Bericht der «Sonntagszeitung» bestätigte. Kernstück ist ein milliardenschwerer Energieumbau-fonds, der je zur Hälfte vom Bund und von den Energiekonzernen getragen werden soll. Die Allianz hat Ineichen mit den Energiespezialisten aus dem Parlament geschmiedet. Er nennt sie «Macher-Allianz». Vertreten sind Politiker der Grünen, der SP, der Grünliberalen, der CVP und der SVP. (SDA)

Amnesty International  
«Menschenrechtsfeindliches Klima» in der Schweiz

Amnesty International stellt in der Schweiz ein «zunehmend menschenrechtsfeindliches Klima» fest. An der Generalversammlung von AI Schweiz in Solothurn riefen die 200 Teilnehmer alle Parteien und Politiker dazu auf, im Wahlkampf auf fremdenfeindliche und diskriminierende Parolen zu verzichten. Die Schweizer AI-Sektion ist besorgt darüber, «dass in der Schweiz zunehmend grundrechtswidrige Anliegen die politische Agenda dominieren». Als Beispiele werden die Minarettverbots- und die Ausschaffungsiniziative genannt. (SDA)

Abstimmung  
Steuererhöhung in Chur  
wichtig verworfen

In Chur haben die Stimmberechtigten in einer Referendumsabstimmung eine temporäre Steuererhöhung mit einem Nein-Anteil von 84 Prozent verworfen. Dadurch steigt das Defizit im Budget des laufenden Jahres von 2 auf 6 Millionen Franken. Geplant war, die Steuern nur für ein Jahr anzuheben. 2012 sollten Mehreinnahmen respektive Einsparungen den angespannten Haushalt entlasten. Ein überparteiliches Komitee mit dem Vizepräsidenten der städtischen SVP an der Spitze hatte das Referendum ergriffen. (SDA)

## Wahlen 2011

## CVP-Fraktionschef liebgeliebt mit grosser neuer Mitte

CVP-Fraktionschef Urs Schwaller spricht sich in einem Interview mit der «Sonntagszeitung» für die Idee einer grossen neuen Mitte aus. «Ohne Zusammenarbeit hat die konstruktive Mitte keine Gestaltungskraft», sagt er. Zur neuen Mitte soll auch die BDP gehören. Allerdings erwartet Schwaller von der BDP, dass sie schon im Wahlkampf mit der CVP zusammenarbeitet und Listenverbindungen eingeht. Auch die FDP müsse sich klar positionieren: «Sie muss sich entscheiden, ob sie mit der SVP oder mit der konstruktiven Mitte zusammenarbeiten will.» (SDA)

Anzeige

## Mit 62 in Pension

## Kann ich mir das leisten?

Eine Frühpensionierung ist teuer, und mit der Pensionierung ändert sich Ihre finanzielle Situation grundlegend. Ihre neuen Ziele sind ein sicheres Einkommen und ein sorgfältiger Umgang mit Ihrem Vermögen. Geldanlagen, Pensionskasse, Hypotheken, Versicherungen: Was Sie heute entscheiden, bestimmt Ihren Lebensstandard für viele Jahre. Besprechen Sie mit einem Pensionierungsexperten, ob sich Ihr Traum vom vorzeitigen Ausstieg finanzieren lässt.

**Pensionierung planen: VZ VermögensZentrum** | Eine unabhängige Beratung zahlt sich aus. Überzeugen Sie sich selbst: Das erste Gespräch ist für Sie kostenlos und verpflichtet Sie zu nichts.

VZ VermögensZentrum

Aarau | Baden | Basel | Bern | Horgen | Lausanne | Luzern  
Rapperswil | St. Gallen | Winterthur | Zug | Zürich

[www.vermoegenszentrum.ch](http://www.vermoegenszentrum.ch)

Talon bitte senden an:

VZ VermögensZentrum, Beethovenstrasse 24, 8002 Zürich, Tel. 044 207 27 27

Antworttalon

 Ja, Ihre unabhängige Meinung interessiert mich.

 Rufen Sie mich an für ein kostenloses Gespräch.

Senden Sie mir Ihr Merkblatt zum Thema

 Pensionierung planen  Häuser finanzieren  Erben und Schenken  
 Geld anlegen  Steuern sparen  Vermögensverwaltung

Name, Vorname

Jahrgang

Strasse

PLZ, Ort

Tel. P.

Tel. G.